



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

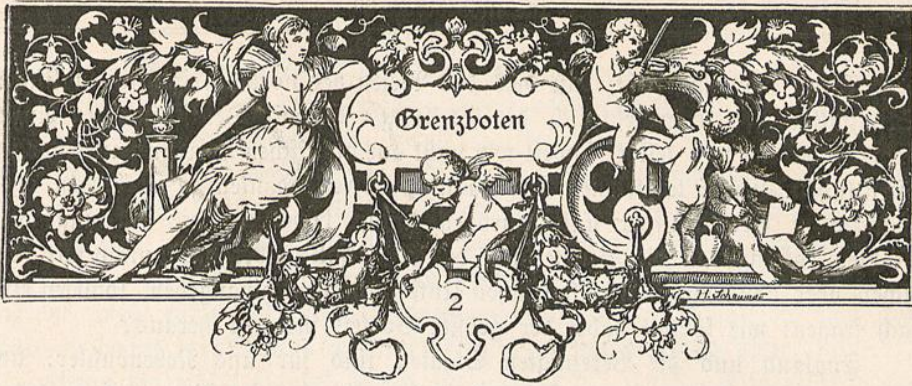
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Monroedoktrin

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die Monroedoktrin



ie deutsche Presse zeigt wieder einmal einen bedauerlichen Mangel an politischem Gefühl, nämlich in der Beurteilung des venezolanischen Grenzstreits zwischen England und den Vereinigten Staaten von Amerika. Da wird mit vollem Ernst die Frage erörtert, ob die Vereinigten Staaten das Recht hätten, die Monroedoktrin auf diesen Fall auszudehnen. Ein Recht! Als ob es überhaupt Rechte in diesem Sinne zwischen den Staaten gäbe, und als ob vollends die Monroedoktrin ein solches Recht wäre! Leuten, die von den politischen Dingen einige Kenntnis haben — und das sollten doch Zeitungsleute —, braucht man nicht zu sagen, daß die Monroedoktrin kein Recht ist, sondern ein Machtanspruch, ein Anspruch, der soweit reicht, als die Macht reicht. Als der Anspruch „Amerika den Amerikanern“ zuerst von jenem Staatsmann der Vereinigten Staaten erhoben wurde, war ihre Macht geringer als jetzt. Man darf daher wohl annehmen, daß es damals nur eine Forderung nach Oberherrschaft in der nördlichen Hälfte des Weltteils war, die Forderung, daß auf diesem Gebiete keine wesentliche Machtverschiebung ohne Zustimmung der Vereinigten Staaten vor sich gehe, die Forderung, daß insbesondere kein europäischer Staat seinen Machtbereich dort ausdehne. Nun, da die Kraft der Vereinigten Staaten beträchtlich gewachsen ist, wie selbstverständlich erscheint es da, daß sich jener Anspruch erweitert! Warum soll er nun nicht lauten: Ausdehnung des Anspruchs auf Südamerika, Verminderung des europäischen Machtbereichs in Nord- und Südamerika? Ist darin ein Unrecht enthalten, wenn jemand diesen Anspruch erhebt? Paßt überhaupt der Grundsatz von Recht und Unrecht auf den ganzen Vorgang? Wird irgend einem Menschen damit zu nahe getreten? Es ist doch nichts weiter als der Wunsch des nordamerikanischen Volks, die Grundgedanken seiner Gesittung da zur Geltung zu bringen, wo bisher der Engländer schaltete.

Wenn man zugesteht, daß dies das Wesen des nordamerikanisch-englischen Streitfalles sei, so ergibt sich die Stellung, die wir Deutschen dazu einzunehmen haben, von selbst, soweit wir nicht am politischen Leben unmittelbar im öffentlichen Dienste teilnehmen und dadurch unsre Gedanken zu verbergen oder zwingenden Verhältnissen unterzuordnen Anlaß haben. Diese Stellung aber ist die, daß wir an die Beurteilung des Streitfalls überhaupt nicht mit sittlichen oder gar rechtswissenschaftlichen Untersuchungen hinangehen, sondern einfach fragen: wie kommt dabei der größte Vorteil für uns heraus?

England und die Vereinigten Staaten sind für uns Nebenbuhler, um nicht zu sagen Feinde, deren Schaden in der Regel unser Vorteil ist. Jedes Volk, das nicht sich selbst aufgibt, muß sich für das beste, das edelste halten. Ich denke, wir Deutschen haben auch diesen Glauben. Nur wenn wir unser eignes Volkstum in der Zukunft erlöschen sehen, müßten wir fragen: welche Gefittung erscheint uns besser, die englische oder die nordamerikanische? Ich hoffe, kein Deutscher nimmt sich heraus, so etwas in der Zukunft zu sehen. Es ist vielmehr zweckmäßig, zu hoffen, daß unser Vaterland bald größer sein werde, größer durch den verbreiterten Einfluß seiner Gefittung und größer durch die Ausdehnung seines Machtgebiets.

Die Vereinigten Staaten und England sind also gleichmäßig unsre Widersacher. Wäre es da nicht von Vorteil für uns, wenn sie sich eine Zeit lang veruneinigten? Und welchen Weg muß dieser Streit nehmen, damit wir den meisten Vorteil und den geringsten Schaden davon haben? Und wie können die Zeitungen darauf einwirken, daß der Streit diesen Weg nehme?

Hier stößt man nun wieder auf eine geradezu klägliche Hilflosigkeit der deutschen Presse in dem, was für politische Dinge nach der Wahrscheinlichkeit vermutet werden darf. Es ist doch klar, daß die amerikanische Flotte der englischen außerhalb der amerikanischen Küstengewässer nicht Widerstand leisten kann; höchstens würde sie einige kühne Handstreichs ausführen, wenigstens es versuchen. Es ist ferner klar, daß Südamerika zu Lande von Nordamerika aus nur äußerst schwer zugänglich, ja man darf sagen für die der Strapazen ungewohnten nordamerikanischen Milizen zunächst unerreichbar ist. Sollte man es bei dieser Sachlage für möglich halten, daß deutsche Zeitungen im Ernste die Wahrscheinlichkeit erwägen, der englisch-amerikanische Kriegsschauplatz werde am Orinoko sein? Das ist doch eine Hilflosigkeit in der Wahrscheinlichkeitsberechnung, die an die größte Unwissenheit grenzt. Kaum eine Zeitung erwähnt an versteckter Stelle Kanada. Der Kriegsschauplatz wird aber in Kanada und an den Küsten der Vereinigten Staaten sein. Durch einen Krieg an diesen Stellen wird unser Handel, unsre Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten leiden. Sie wird verhältnismäßig am wenigsten leiden, wenn die Amerikaner glauben, daß wir ihre Freunde seien, und gleichzeitig die Engländer keinen Anlaß haben, über offene Unfreundlichkeiten von unsrer Seite zu klagen. Diese

äußere Freundlichkeit und versteckte Unfreundlichkeit kann aber nur eine unamtliche sein, sie kann nur gemacht werden von der sogenannten öffentlichen Meinung, durch Kundgebungen, durch die Zeitungen. Die amtliche deutsche Welt muß sich selbstverständlich kühl, höflich und geheimnisvoll nach allen Seiten verhalten, bis sie Gelegenheit hat, Vorteile, vielleicht Gebietsvorteile zu erlangen, sobald dritte Mächte in den Kampf eintreten. Das sind Ungewißheiten, die nur der einigermaßen überblickt, der selbst im politischen Amte ist, die man nicht stören darf, wenn man außen steht, und die man nur erörtert, damit der Beamte merkt, er habe die Volksmeinung hinter sich.

Wenn Englands Handel leidet, so gedeiht der unsre. Also müssen wir uns freuen, wenn die Vereinigten Staaten wirksame Kaperei gegen England treiben sollten. In Asien und Afrika ist es für uns von Vorteil, wenn England Abbruch geschieht; thatsächlich sowohl, als auch in der Anschauung der Völker muß die Presse hierzu mithelfen. Sie muß die Schäden und Verluste Englands verbreiten und den fremden Völkern England als Deutschlands Widersacher erscheinen lassen. Was ist dem gegenüber die Fäselei der Kirchturmsstaatsmänner, Europa dürfe von Amerika nicht diesen Faustschlag der Monroedoktrin hinnehmen? Ist etwa Europa eine Einheit? Haben die Staaten Europas mehr Verbindung unter einander, als die Vereinigten Staaten mit Deutschland? Europa ist die ganze Erde. Und wir brauchen nicht zu fürchten, daß die Vereinigten Staaten eigennütziger gegen uns verfahren werden, wenn sie der Monroedoktrin die allerweiteste Anwendung geben, als wenn sie in ihren jetzigen Grenzen bleiben. Sie werden immer so eigennützig und rücksichtslos verfahren, wie sie können. Und warum sollten sie das auch nicht? Wir wollen es auch thun; ihr Schaden ist unser Vorteil. Nicht deswegen müssen wir den Vereinigten Staaten zur Zeit freundlich erscheinen, weil die Freundlichkeit auf Dankbarkeit zu rechnen hätte — denn Dank steht nicht im Wörterbuch der Politik —, sondern weil das freundliche Gesicht gegen Amerika, der Schein der Freundlichkeit uns die beste Sicherung nach allen Seiten bietet.

Darum dürfen wir auch nicht wehklagen über die englische List, wenn sie die amerikanischen Papiere auf den Markt schleudert und dadurch die Geldsäcke der Wallstraße in Newyork schädigt. Es wird uns nicht schaden, wenn wir die bisher guten amerikanischen Papiere zu tieferm Preise aufnehmen. Sie werden gewiß während eines Krieges hier oder dort Not leiden, aber sicherlich wieder gut werden. Denn die Vereinigten Staaten sind das Zukunftsreich aller ausbeutenden Geldfürsten trotz aller Freiheitsredensarten der Zukunftsstaat einer rücksichtslosen Sklaverei. Möge es den Vereinigten Staaten wohl bekommen — und ihren Gläubigern!

Darum, liebe Freunde von den deutschen Zeitungen, bedenkt den deutschen Vorteil, der auch euerm Absatz an Zeitungen zuletzt Vorteil bringen muß. Werft euch nicht zu Richtern über die Menschheit auf, sondern seid rücksichts-

lose Anwälte des deutschen Nutzens. Kümmert euch nicht darum, wenn ihr für andre Völker und Länder empfiehlt und betreibt, was ihr bei uns verwerft und hindert. Gerade darum! Was wir Fremden zufügen, ist noch lange nicht Fremden uns gegenüber erlaubt. Denn wir sind Partei, Anwälte, nicht Richter. Und fürchtet endlich nicht, daß es gefährlich sei, so offen die böse Meinung zu sagen. Denn die Wahrheit wird nie geglaubt. Und dann: wer kann beweisen, daß wir unsre wirkliche Meinung ausgesprochen haben?



Das Weihnachtsgeschenk des preußischen Ober- kirchenrats

Non placet



Ich bin weder Geistlicher, noch habe ich die Absicht, Geistlicher zu werden; aber ich habe lebendiges Interesse an dem Wohlergehen unsrer evangelischen Kirche und meine, daß wir Laien nicht bloß das Recht haben, unser Urteil zu dem abzugeben, was die oberste Kirchenbehörde sagt und thut, sondern daß gerade in ecclesiasticis das Aussprechen der eignen Ansicht Pflicht ist. Und warum sollten wir Laien nicht mit derselben Berechtigung urteilen wie die Bürokraten, mögen sie nun Juristen oder Geistliche oder beides zugleich sein? Ich glaube vielmehr, daß der das erste Recht zu einem Urteil hat, der das in der Kirche und der Geistlichkeit herrschende Leben unbefangen und ohne Vorurteil beobachtet hat, ohne in unmittelbarer Verbindung mit der Kirche zu stehen. Das aber glaube ich seit Jahren gethan zu haben, und auch das darf ich versichern, daß ich um das Wohl und vor allem um die Ehre der evangelischen Kirche aufrichtig bekümmert bin, und daß mich zur Kritik des jüngsten Erlasses des Evangelischen Oberkirchenrats allein die Sorge treibt.

Juristenarbeit in pastoraler Einkleidung, graue Theorie mit Salbung vorgetragen — das war der erste Eindruck beim Lesen dieses Manifestes, worin unsrer Geistlichkeit die soziale Arbeit untersagt und die Rückkehr zu den Grundsätzen von 1879 verkündet wird. Soviel Worte, soviel — schöne Worte, und was übrig bleibt, zeigt, von welchem Gesichtspunkt aus unsre führenden Herren die große Bewegung der Geister ansehen, welches Verständnis sie der weltgeschichtlichen Bedeutung der gegenwärtigen Zeit entgegenbringen. Quia non movere, die Augen zumachen: das ist die Parole, die vom Kirchenregiment ausgegeben wird. Nun, für die Fortentwicklung der Weltgeschichte wird dieser